

# Bräuer-Beitlung.

Offizielles Organ des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen  
und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

Nr. 7.

Das Blatt erscheint wöchentlich am Freitag.  
Redaktion und Expedition: Hannover, Burgstraße 9.

Hannover, 17. Februar 1905.

Verleger u. verantwortl. Redakteur: F. Krieg, Hannover.  
Druck von Dörnte & Löber, Hannover.

15. Jahrg.

## Der Generalstreik der Ruhrbergleute ist beendet.

Die Vertrauensleute der Bergarbeiter des Ruhrbezirks haben am Donnerstag, den 9. Februar, beschlossen, den Streikenden die vorläufige Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Der gegen 5 Stimmen gefasste Beschluß lautet:

In Erwägung, daß der Herrschaftspunkt des Vereins für die bergbaulichen Interessen durch diesen Kampf in nächster Zeit noch nicht gebrochen werden kann und die Werksbesitzer nach wie vor Verhandlungen mit der Siebener-Kommission ablehnen;

in fernerer Erwägung, daß durch die Weiterführung des Kampfes das gesamte Wirtschaftsleben einer unermesslichen Erschütterung ausgesetzt wäre,

glauben wir an die Opferwilligkeit der Bergarbeiter wie der Gesamtarbeiterschaft keine höheren Anforderungen stellen zu dürfen. Im Hinblick darauf, daß nahezu die gesamte öffentliche Meinung auf Seiten der streikenden Arbeiter steht und die Regierung, gedrängt durch die imposante Kundgebung der Bergarbeiter, im Reichstage bereits Gesetzesentwürfe betreffend Arbeitskammern und die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine angekündigt, sowie die seit mehr als einem Jahrzehnt verprochene Reform der Berggesetzgebung auf dem bestimmtesten zugestimmt hat, in welcher

1. die Schlichtung gefestigt geregelt,
2. das Ueberwachungsstellen verboten bzw. eingeschränkt,
3. die Knappschaffsliste verbessert,
4. das Wagenverbot verboten,
5. die vielen und hohen Strafen beseitigt,
6. die Arbeiterauschüsse allgemein eingeführt werden,

beschließen die Konferenz der Delegierten der vier Verbände, die Arbeit morgen wieder aufzunehmen.

Sollten die Versprechungen, die man den Bergarbeitern während des Kampfes seitens der Staatsregierung gegeben hat, nicht erfüllt, die Beschwerden unbeachtet, die Mißstände im Bergwerksbetriebe in alter Weise fortbestehen bleiben, dann behält sich die Bergarbeiterschaft vor, so einmütig, wie sie den Kampf geführt, aufs neue wieder den Kampfplatz zu betreten, um die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen zu erzwingen. Die Bergarbeiter verpflichten sich, die Stärkung ihrer Organisation energisch zu betreiben, um jederzeit für einen neuen Kampf gerüstet zu sein.

Dieser Beschluß fand erklärlicherweise nicht die Zustimmung eines großen Teils der Bergarbeiter, die nichts Positives erreicht sahen und nur auf das Versprechen der Regierung angewiesen sind. Hoffentlich werden diese Versprechungen auch baldigst und in erwarteter Weise eingelöst.

Wie seinerzeit in Crimmitschau, haben auch hier die Arbeiter mehr Rücksicht für das nationale Wirtschaftsleben bekundet, als die Unternehmer. Mit Ausnahme einiger Interessenten und Scharfmacher stand alles mit seiner Sympathie auf Seiten der Bergarbeiter. Die Proben pochten auf ihren Geldsack, der ihnen alles ist; möge auch alles zugrunde gehen.

Die Wiederaufnahme der Arbeit soll nach den Berichten sich rasch vollziehen, jedoch ist nicht ausgeschlossen, daß einzelne Belegschaften den Streik fortsetzen resp. wieder aufnehmen wegen Maßregelung, Lohnabzüge usw., die von einzelnen rigorosen Zechenverwaltungen vorgenommen werden. Hingegen kommt noch, daß die Bergarbeiter bei ihren mittelalterlichen Wohnverhältnissen erst 4 Wochen wieder arbeiten müssen, ehe sie einen Pfennig Bohn bekommen.

**Wir ersuchen deshalb die Kollegen, die Sammlungen für die Bergarbeiter nach wie vor vorzuführen. Die tapferen Kämpfer haben es verdient, daß in dieser Zeit die größte Not von ihnen ferngehalten wird!**

Der Kampf war nicht umsonst.

Gleichzeitig richten wir aber auch an den „Bund deutscher Brauergesellen“, der ja zu einem Drittel „hirschdunderisch“, zu einem Drittel „christlich“ und zu einem Drittel „neutral“ ist, die Anfrage, ob er nicht einen einzigen Pfennig für die Bergarbeiter, die, ob christlich, hirschdunderisch oder in dem freien Verbandsorganisiert oder neutral oder indifferent waren, gemeinsam in den Kampf für Menschenrechte und gegen Unterdrückung gingen, übrig hat? U. A. w. g.

## Gegen den Kost- und Logiszwang.

(Aus der Publikation der Kommission für Beseitigung des Kost- und Logiszwanges.)

I.  
Das Kost- und Logiszwang wird meist als ein Ueberbleibsel früherer Jahrhunderte, als ein Rest des alten Zunftwesens und als eine nur noch mit dem aussterbenden Kleinhandwerk zusammenhängende Erscheinung geschildert, die mit diesem notwendig im Rückgange begriffen sei. Man hat daher die Beseitigung dieses Systems, obwohl man von seiner Schädlichkeit durchaus überzeugt war, lange Zeit gegenüber der Förderung anderer Gewerkschaftsaufgaben vernachlässigt, es der Zeit, der wirtschaftlichen Umwälzung überlassen, mit ihm wie mit anderen Dingen der Zunftlichkeit aufzuräumen. Nach

zwei Richtungen hin hat sich diese Annahme als irrig erwiesen, in historischer wie in realer Hinsicht. Wohl ist es allgemein bekannt, daß im alten Handwerk das Hülfspersonal fast stets im Hause des Meisters seine volle Verpflegung erhielt und daß diese Zustände im Kleinstädtischen und ländlichen Handwerk heute noch dieser mittelalterlichen Hausgemeinschaft in mancher Beziehung ähneln. Aber neben diesem rückständigen System hat sich ein modernes Kost- und Logiszwang auf industrieller, sogar großindustrieller Stufe entwickelt, das nicht minder wie jenes eine Gefahr für die Hebung und Befreiung der Arbeiterklasse bedeutet. Schon St. Mary Schibert in seinem Lebenswerke „Das Kapital“, wie das nach Fabrikländern führende englische Unternehmertum massenweise die sogenannten Armenkinder aufstufte und sie in förmlichen Zuchthäusern einsperrte, wo ungenügende Verpflegung und Ruhe mit übermäßiger Ausbeutung abwechselten. Dieses System blieb nicht auf England beschränkt; es begegnet uns in allen Ländern urwüchsigster kapitalistischer Entwicklung, nur daß je nach den besonderen Verhältnissen Jugendliche, Arbeiterinnen und erwachsene Arbeiter die Stelle der Kinder einnehmen. In Deutschland füllten für das Wohl der Manufakturen besorgte Regierungen die Arbeiterhäuser der letzteren mit unselbständigen Arbeitskräften; später wurden diese durch Kinder, Frauen und neuerdings durch ausländische Arbeiter ersetzt. Das System ist in der Hauptsache das alte geblieben. In der ländlichen Zuckerindustrie, auf Ziegeleien und in Steinbrüchen finden wir es noch urwüchsig wieder in den Schlafbaracken und Schlafhäusern, gegen deren trostlose Erbarmlichkeit die staatlichen Zuchthäuser wahre Paläste sind. Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten bringen Schilderungen über diese Zustände, die ein Spohn sind auf unsere moderne Kultur. Auf höherer Stufe begegnen wir ihm in den sogenannten „Arbeiterinnen- und Bedienerheimen“ großindustrieller Betriebe zur Unterbringung fremder Arbeitskräfte, die eine moderne Einrichtung mit einem um so raffinierterem Anstaltsystem verbinden, und auf höherer Stufe in den Arbeiterwohnungen und Arbeiterkolonien einzelner Etablissements, die auch die verheirateten Arbeiter in das gleiche Abhängigkeitsloch zwingen. Wo der Kapitalist nur die Männer beschäftigt, da begnügt er sich mit dem Wohnungszwang und überläßt den Arbeitern die Beschäftigung selbst. In der Textilindustrie muß auch die Arbeiterfrau in die Fabrik; da ergänzt die Speise-Anstalt wirksam das Wohnungszwang. Und dieses System entbehrt durchaus nicht immer des Zweckes, die Arbeiterinnen durch den Wohnungszwang in die Fabrik zu zwingen, und die billigen fremden Arbeitskräfte sollen vor der Verführung mit Einheimischen möglichst bewahrt bleiben. Auch verlangt häufig die Behörde solche Einrichtungen für ausländische Arbeiter. Und, was vor allem wichtig ist, dieses großindustrielle Zuchtssystem ist keineswegs im Rückgange begriffen, sondern es breitet sich zusehends aus und verbirgt seine Gemeingefährlichkeit hinter dem blanken Schild sozialer Arbeiterwohlthat.

Ungeachtet dieser Entwicklung drängt sich der Arbeiter mehr und mehr die Erkenntnis auf, daß man die Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges bisher erheblich unterließ und einseitig betrachtet habe, daß es nicht genügt, dem Übergang der Kleinmeisterlichen Hausgemeinschaft nachzuweihen, sondern daß der Kampf auch gegen das in weit höherem Grade kulturfeindliche großindustrielle Arbeitshausystem geführt werden muß. Daß dieser Kampf nicht zu umgehen ist, beweist schon ein Blick auf die gegenwärtige Rechtslage. An der Aufrechterhaltung der Gesetzesbestimmungen, die dem Kost- und Logiszwang seine Existenz ermöglichen, ist die Großindustrie in ungleich höherem Maße als das Kleinhandwerk interessiert; großkapitalistische Einflüsse führten bei Beratung der 1891er Gewerbeordnungsnovelle eine Erweiterung der Ausnahmen vom Truderverbot (§ 115 G.-O.) herbei. Daraus erhellt, daß mit dem Widerstand der Großindustriellen auch bei der Beseitigung dieses Trudersystems vor allem zu rechnen ist. Es ist klar, daß diese Kreise weniger widerpenflich wären, wenn es sich nur um die Beseitigung künstlicher Ueberreste handelte. Daraus ergibt sich aber ferner, daß dieses Trudersystem eine weit ernstere Kulturgefahr bedeutet, zugleich der Kampf gegen dasselbe weit schwieriger ist, als wenn es sich nur um die Bekämpfung der Kleinmeisterlichen Hausgemeinschaft handelte.

Man kann den Kost- und Logiszwang sowohl vom hygienischen als vom rechtlichen und gewerkschaftlichen Standpunkte aus bekämpfen. Vom hygienischen Standpunkte aus würde nachzuweisen sein, daß die spezifischen Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse, die den Arbeitern aufzugesungen werden, gesundheitsgefährliche sind (im Bäckergerwebe sind die Gefahren sowohl für die beteiligten Arbeiter, als auch für das konsumierende Publikum schon häufig geschildert worden), und daß der Staat im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege eingreifen müsse. Im rechtlichen Sinne würde zu prüfen sein, inwieweit dieses zwangswelche Naturalsystem unserer modernen Rechtsentwicklung widersteht und welche Gesetze und Vorschriften auf seine Beseitigung anwendbar, bzw. welche gesetzlichen Maßnahmen zu seiner Beseitigung notwendig sind.

Die gewerkschaftliche Behandlung dieses Problems wird sich dagegen mit seinen Wirkungen gegenüber den gewerkschaftlichen Bestrebungen und Zielen und mit seiner Ueberwindung durch die Macht der Organisation befassen.

Das alles soll uns heute nicht beschäftigen. Aufgabe dieser vorliegenden Ausführungen soll es vielmehr sein, die kulturelle Seite dieses Systems gründlich zu klären. Und wenn wir eingehend behaupteten, daß der Kost- und Logiszwang kulturfeindlich sei, so muß dieser Widerspruch auch dann und dort begründet sein, wenn und wo keine besonderen hygienischen Gefahren erkennbar sind, wenn ferner dieses System mit der heutigen Rechtsordnung durchaus im Einklang stände und wenn es den gewerkschaftlichen Bestrebungen weniger hinderlich wäre. Dieser Nachweis der Kulturwidrigkeit ist für die Praxis der Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges durchaus nicht bedeutungslos, denn das Unternehmertum verteidigt denselben als notwendig im Interesse der Gehältn, als Arbeiterwohlthatseinrichtung, als dem Geiste der sozialen Gesetzgebung entsprechend. Und nicht immer ist dieses System von offensichtlich hygienischen Gefahren begleitet, daß diese allein die Kosten der Agitation bestreiten könnten. Vor allem aber richtet sich unser Kampf nicht bloß gegen den von Eigennutz geleiteten Widerstand der Unternehmer,

sondern auch gegen die Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit der unter diesem System lebenden Arbeiter, die sich nicht selten durch gewisse, meist aber eingebildete Vorzüge blenden und gegen jede bessere Einsicht abtumpfen lassen. Ihnen muß man die kulturelle Gemeingefährlichkeit des Kost- und Logiszwanges in seiner ganzen Tragweite vor Augen führen, um in ihnen den letzten Rest menschlichen Bewußtseins und Gerechtigkeitsgefühls, das schlummernde Streben nach Selbstständigkeit und höherer Entwicklung aufzuwecken und für die Beseitigung empfänglich zu machen. Endlich werden aber auch solche Kreise für den Kampf gegen eine Kulturgefahr gewonnen werden können, die weder als Unternehmer noch als Arbeiter ein direktes Interesse an ihm haben, denn kulturwidrige Zustände können nicht ohne schädlichen Einfluß auf den gesamten Fortschritt der Menschheit bleiben, und sie werden um so leichter, auch gegen den Willen derjenigen, die daraus Nutzen ziehen, beseitigt, je mehr die Ueberzeugung ihrer Gemeingefährlichkeit in weiten Volksteilen befestigt ist.

## Bewegungen im Berufe.

† Berlin. Die in Brauereien beschäftigten Handwerker, Maschinisten und Geizer haben am Sonntag, den 12. Februar, in einer stark besuchten Versammlung beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Wie der Referent Korbowik und verschiedene andere Redner ausführten, ist der größte Teil der Brauereiarbeiter hinsichtlich der Löhne schlechter gestellt, wie die Brauer. Für diese besteht seit dem Januar vorigen Jahres ein Tarif, der ihnen einen Wochenlohn von 32 Mt. gewährt. Auch die Brauerei-Hülfsarbeiter haben einen Tarif, die Maschinisten, Geizer und Handwerker dagegen nicht. Sie waren an der Tarifbewegung der Brauereiarbeiter nicht beteiligt. Das liegt zum Teil daran, weil die Brauereiarbeiter nicht als solche eine geschlossene Organisation bilden, sondern den Gewerkschaften ihrer Berufe angehören. In Frage kommen Maschinisten und Geizer, Metallarbeiter, Schmiede, Tischler, Stellmacher, Maler, Lackierer, Sattler, Maurer, Zimmerer, Dachdecker und Kupferschmiede. Eine Erhebung, die sich auf 21 der größten hiesigen Brauereien erstreckt, hat ergeben, daß in denselben 431 Handwerker einschließlich Geizer und Maschinisten beschäftigt sind, von denen 189 den zuständigen Organisationen angehören, während 242 nicht organisiert sind. 219 erhalten Wochenlöhne von 30 Mt. und darüber, 192 erhalten weniger als 30 Mt. bis herunter zu 23,50 Mt. Die Arbeitszeit beträgt 9-12 Stunden. — Man hält es für recht und billig, daß den hier in Frage kommenden Handwerkern derselbe Lohn gezahlt werde, den die Brauer und Böttcher erhalten, und man würde sich damit begnügen, wenn diese Lohnhöhe — 32 Mt. — nach und nach erreicht wird. Hervorgehoben wurde, daß die Schulfleiß-Brauerei diese Forderungen bereits soweit erfüllt, daß sie die Handwerker mit einem Anfangslohn von 30 Mt. einstellt und ihnen nach einem Jahre 31 Mt., nach zwei Jahren 32 Mt. zahlt. Ferner wünschen die Handwerker eine Vertretung im Kuratorium des paritätischen Arbeitsnachweises und im Einigungsamt. — Eine Resolution wurde einstimmig angenommen. Dieselbe besagt:

Die Versammlung erklärt, daß die einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den Brauereien beschäftigten Handwerker, Maschinisten und Geizer eine dringende Notwendigkeit ist; sie glaubt, daß dem um so weniger Schwierigkeiten entgegenstehen, als diese Verhältnisse für alle übrigen Arbeitnehmer in den Brauereien bereits durch Tarif geregelt sind. Es wird eine aus Vertretern der beteiligten Organisationen bestehende Kommission eingesetzt, welche einen Tarif ausgearbeitet und denselben einer womöglichst innerhalb 14 Tagen einzuberufenden Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen hat.

Die Kommission wurde darauf ernannt; ihr gehört je ein Vertreter der Verbände der Maschinisten und Geizer, Metallarbeiter, Schmiede, Kupferschmiede, Holzarbeiter, Maler und Lackierer, Sattler an. Auch soll zu den Beratungen je ein Vertreter der Sektionen I und II des Verbandes der Brauereiarbeiter hinzugezogen werden.

Ferner wurde diskutiert über einen von dem Vorsitzenden der Sektion der Brauer, Hobbapp, gemachten Vorschlag, der dahin ging, es möge gleichzeitig mit der Tarifbewegung die Frage erörtert werden, ob es nicht angebracht sei, die in den Brauereien beschäftigten Handwerker besonders zu organisieren, vielleicht in einer dritten Sektion des Verbandes der Brauereiarbeiter. Auf diese Weise könnten die Interessen der Betroffenen besser vertreten werden wie jetzt, wo sie den verschiedenen Gewerkschaften angehören, die doch auf die besonderen Verhältnisse in den Brauereien keine Rücksicht nehmen könnten. Aus diesem Grunde sei auch ein großer Teil der Brauereiarbeiter gar nicht organisiert. Da die Handwerker zumeist dauernde Arbeitstellen in den Brauereien haben, so sei die vorgezeichnete Organisation im Verbands der Brauereiarbeiter durchaus zweckmäßig, vor allem würde dadurch auch die Gewinnung der Unorganisierten erleichtert werden.

† Kiel. Die vor einem Jahre in der Brenner-Rehment eingetragene Forderung wurde uns durch die Praktiken der Betriebsleitung hintertrieben. Die Löhne sind miserabel, 18 bis 20 Mark pro Woche, davon gehen noch die Beiträge zur Invaliditäts- und Krankenversicherung ab. Die Firma hatte nun durch ihre Spiegel wieder herausgefunden, daß unter den Arbeitern, die mit diesen Verhältnissen erklärlicherweise nicht zufrieden waren, eine Bewegung, die auf eine Verbesserung abzielte, im Gange war; sofort flog auch ein Kollege, in dem man den Vertrauensmann vermutete, hinaus. Dem Vorsitzenden, Kollegen Wagner, der darauf mit der Betriebsleitung unterhandelte, versuchte man einzureden, es wäre nur Arbeitsmangel, weiter läge nichts vor. Daß es ein faule Ausrede war, ist schon dadurch bewiesen, daß an dem Tage der Entlassung alle Arbeiter Ueberstunden machen mußten. Davon wollten die Herren nichts gewußt haben, „das sei dann wohl bloß mal so gewesen.“ Die Herren wollten also „Herren im Hause“ bleiben. Uabern Tags warf man gleich noch einen Kollegen hinaus und kündete an, es sollten noch mehr hinausfliegen. Abends sollten die übrigen wieder Ueberstunden machen. Ein Kollege wollte Vorstoß haben. Geld könne er bekommen, soviel er wolle, „aber wenn Sie im Verbands sind, dann raus.“ Die Arbeit wurde niedergesetzt und ein Lohnfacit



eingereicht, der auch abgelehnt wurde. Das weitere ist eingeleitet und ist bestimmt zu erwarten, daß Herr Rehmert noch zu einer besseren Einsicht gebracht wird.

**Neustadt a. d. Orla.** Nachdem schon vor ca. einem Jahr Anstalten gemacht wurden, die überaus traurigen Verhältnisse in der hiesigen L. J. Export-Bierbrauerei zu verbessern, was aber immer nicht gelingen wollte, trotz vieler Schreibereien und mehrfachen persönlichen Vorstellungsverweilen des hiesigen Gewerkschaftsrates, sowie auch der im Betriebe selbst beschäftigten Kollegen, ist es nun endlich gelungen, einige Verbesserungen einzuführen. So ist folgendes vereinbart worden: Die Monatslöhne werden umgerechnet in Wochenlöhne unter Aufbesserung von 8 1/2 Proz., so daß die Wochenlöhne jetzt betragen 21,50 bis 22 Mk., zahlbar Freitag während der Arbeitszeit. Ueberstunden werden mit 40 Pf. vergütet (bisher nichts). Sonntags-Douleur wird mit 2 Mk. vergütet (bisher nichts). Bei Krankheitsfällen die ersten drei Tage halber Lohn (bisher nichts). Bessere Behandlung wird zugesichert. Die Wabereinrichtung soll gereinigt und sauber gehalten werden; ein Trockenraum wird beschafft. Diese Vereinbarungen gelten vom 1. Januar 1906 bis 31. Dezember 1906. Ist es auch gerade nicht viel, was errungen ist, so ist es doch, wenn man die schwache Organisation in Betracht zieht, immerhin ein ziemlicher Erfolg.

**Kollegen!** An euch liegt es nun, nicht nur das Errungene zu erhalten, sondern die Organisation so auszubauen, daß nach Ablauf dieser Jahre auch der letzte in Brauereien Beschäftigte in der Organisation ist, damit wir dann daran gehen können, unsere Lage noch weiter zu verbessern. Dies mögen sich vor allem die Bierfahrer merken, für die jetzt noch nichts geschehen konnte, da dieselben der Organisation bis jetzt noch fernblieben. Wir hoffen, daß auch diese dann der Organisation angehören, damit auch ihre nicht beneidenswerte Lage verbessert werden kann. Hätten wir die gesamte organisierte Arbeiterschaft nicht hinter uns gehabt, so hätten wir wohl auch dieses Mal nichts erreicht. Daran kann wohl jeder sehen, welche Macht eine geschlossene Organisation bildet, und hoffen wir, daß nun alle in Brauereien Beschäftigten zur Einsicht kommen und sich dem Brauereiarbeiter-Verband anschließen. Wenn man in Betracht zieht, daß von ca. 30 hier beschäftigten Brauereiarbeitern ganze 11 Mann organisiert sind, so ist dies gewiß befriedigend für uns. Kollegen, das muß anders werden. Agitiere ein jeder, daß auch der letzte uns noch fernstehende dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter beigetreten wird.

### Korrespondenzen.

**Wormen.** Am 4. Februar fand unsere Versammlung statt, welche sehr gut besucht war. Sollte nicht alles trügen, so wird jetzt ein frischer Wind zu wehen, welcher sicher dazu beitragen würde, unsere seit einiger Zeit eingesezte Agitationskommission zu unterstützen. Neben internen Angelegenheiten bildete der 4. Punkt: „Unsere jetzige Agitation“, den Brennpunkt. Denn was andere Städte aufzuweisen haben betreffs Mitgliederzahl, das soll und muß auch in Wormen erreicht werden; es sollen und müssen sich auch alle Kollegen in Wormen angelegen sein lassen, für den Verband zu agitieren, zu jeder Zeit und Gelegenheit, die sich dazu bietet, damit es auch nicht werde bei den noch rückständigen Brauereiarbeitern, seien es Ausfuhr, Zeiger oder Maschinenisten, damit wir der Elberfelder Zählstelle nachkommen, wo die Brauereiarbeiter fast vollständig organisiert sind. Es ist seit Bestehen der Agitationskommission gut gearbeitet worden, und die Früchte zeigen sich allenthalben, haben wir doch schon einen Zuwachs von über 20 Mitgliedern seit dem 3. Quartal. Wenn so weiter agitiert wird, dann dürfen wir hoffen, daß bei kommenden Besuchen werden wir einig und gewappnet dastehen und bessere Verhältnisse, welche auch für Wormen sehr erwünscht wären, geschaffen werden können. Bemerkenswert ist hierbei, daß die Mitglieder der Agitationskommission bei einer demnächst stattfindenden Sitzung im Volkshaus, Elberfeld, vollständig erschienen mögen. Die Versammlung nahm noch die Wahl eines Kassierers vor und erledigte einige lokale Angelegenheiten.

**Berlin (Sektion II).** Die gut besuchte Versammlung am 5. Februar ehrte zunächst das Andenken des verstorbenen Kollegen Aug. Schwerin in der üblichen Weise. Einem Vortrag über: „Die Schule, wie sie ist und sein sollte“, welchen Schriftsteller Ronge hielt, folgten die Anwesenden mit gespanntester Aufmerksamkeit. Reger Wechsel sowie die folgende Diskussion zeugten für das Interesse mit dem Gehörten. Nach dem Rechnungsbericht vom 4. Quartal 1904, welchen Franke gab, fand einer Einnahme von 8862, — Mk. eine Ausgabe von 513,84 Mk. gegenüber. An die Hauptkasse wurden 5248,66 Mk. gesandt. Die Revisoren bestätigten die vollste Uebereinstimmung der Abrechnung mit den Büchern und Belegen. Nach dem Vorstandsbericht fanden an Versammlungen, Sitzungen und Verhandlungen 38 statt. Postsendungen gingen insl. der Zeitung 2623 ab. Die Unterstützung wurden in 187 Fällen gezahlt. Beitragsmarken wurden 21 685 umgelegt. Die Mitgliederzahl beträgt rund 1800. Anschließend wurde auch die Beteiligung der einzelnen Betriebe an den Sammlungen für die Hamburger, sowie für die Weihnachtsgeschenke der Kinder der ausständigen Holz- und Metallarbeiter durch Verlesen der Summen bekannt gegeben. — Einanmütig wurde dann folgender Antrag angenommen: „Es wird für die Sektion ein Hilfsbeamter eingestellt. Sollte derselbe sich den Anforderungen, welche seine Tätigkeit bedingt, gewachsen zeigen, so ist der Vorstand im Einverständnis mit den Vertrauensmännern beauftragt, denselben fest anzustellen. Die Bedingungen bei Festanstellung sind, erstl. des Gehalts, dieselben wie bei dem 1. Beamten.“ Bewerbungen sind schriftlich bis zum 18. Februar an den Vorsitzenden H. Reumann, Königsbergerstr. 10, zu richten. Von einem Ausschreiben des Posters wurde Abstand genommen, da nur Mitglieder der Sektion in Betracht kommen. Nach Besprechung interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

**Bochum.** Die Versammlung vom 5. Februar war mäßig besucht. Aufnahmen hatten wir zwei zu verzeichnen. Der Kassierer erstattete den Rechenbericht vom 4. Quartal und die Abrechnung vom ganzen Jahr, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Nach erfolgter Vorstandswahl wurde das Verhalten des Brauereiarbeiters Krenker, Bürgerliches Brauhaus, Ferne, scharf kritisiert, der vor langer Zeit einen Kollegen aus ganz wichtigen Grunde entließ. Der Entlassene mußte mit einem Kollegen aus Bochum aufs Ständesamt, wo er am 9 1/2 Uhr anwesend sein sollte. Selbstverständlich hatte der Kollege aus Urlaub gebeten, ging aber vielmehr um 20 Minuten eher aus der Brauerei. Als er am nächsten Montag angefangen wurde, teilte ihm Krenker mit, der Direktor hätte gesagt, der Urlaub sei überschritten und somit könne er gehen. Dieses wird wohl kein verständiger Mensch als einen Entlassungsgrund ansehen, und wenn Krenker an frühere Zeiten dachte, konnte er sich nützlich zu sich einer nicht zu unterschätzenden Handlungswiese anschauen. Infolge der Abgabe der auswärtigen Mitglieder an die neuorganisierten Zählstellen Bitten und Bann wurden beschloffen, die Versammlungen von nächstem Monat ab an jedem ersten Sonnabend im Monat, abends 8 Uhr, stattfinden zu lassen. Der neugewählte Vorsitzende gedachte der streikenden Bergleute und ersuchte, daß jeder Kollege sein mögliches beitragen möge, um denselben zum Siege zu verhelfen.

**Breslau.** Unsere Versammlung am 4. Februar erstreute sich eines regen Besuchs. Den streikenden Ruhrbergleuten wurde allseitig die Sympathie ausgesprochen und aufgefordert, das nötige dazu beizutragen, daß die Bergleute zum Siege gelangen. Aus der Kassa wurde demselben 25 Mk. bewilligt. Das Winterergänzen findet am 11. März im Lokal „Mühlent-

burg“ statt. Diejenigen Kollegen, welche noch Fragebogen im Besitz haben, mögen dieselben, so regelmäßig ausgefüllt, baldigst an den Vorsitzenden der Zählstelle abliefern. Unter „Beschriebenes“ wurden die Mängel der hiesigen Malzfabrik kritisiert und den dortigen Kollegen empfohlen, sich alle dem Verband anzuschließen, damit auch für diese bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt werden können. Ober werden es die Herren Bestzer von selbst machen? Ob überhaupt schon einmal seit Bestehen der Firma die Gewerkschaft inspektiert oder die hochwohlwollende Polizei dort Einsicht gehalten hat? So wie die Arbeitszeit und sonst alles geschildert wurde, sagen wir nein. Keinen Sonntag frei, eine Schicht von 36 Stunden. Beschlossen wurde, daß sämtliche Vertrauensmänner jeden Monat einmal von den Revisoren kontrolliert werden sollen. Mit der Aufforderung, rage für den Verband zu agitieren, erfolgte Schluß der interessanten und lehrreichen Versammlung.

**Düsseldorf (Sektion I).** In unserer am 4. Februar im Gewerkschaftshaus stattgefundenen sehr schlecht besuchten Versammlung hatten wir zwei Aufnahmen. Nach erfolgtem Rechenbericht referierte Funke über Ursprung der Gewerkschaften und ihre heutige Bedeutung, bei welcher Gelegenheit Redner darauf hinwies, daß bei Tarifausarbeitungen darauf zu achten sei, daß etwaige Arbeitsordnungen dem Tarif angepaßt werden. Zum Schluß gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht dafür einzutreten, daß Mann für Mann dafür sorgt, daß er in die Wählerliste eingetragen wird und seine Stimme nur den Vertretern der freien Gewerkschaften gibt. Ferner protestiert die heutige Versammlung energisch gegen die Einführung des Proportional-Wahl-Verfahrens, solange dasselbe nicht obligatorisch im ganzen Deutschen Reich eingeführt ist.“ Hierauf referierte derselbe Redner über den Bergarbeiterstreik und wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den streikenden Bergarbeitern solidarisch und beschließt für die Dauer des Streikes einen Extrabeitrag zu zahlen und zwar pro Woche: bis zu 25 Mk. Wochenlohn 30 Pf., über 25 Mk. 50 Pf. Diese Beiträge sind von den Vertrauensleuten einzuziehen. Außerdem werden die bisher gesammelten auszugeben.“ Nach dem darauffolgenden Bericht der Beschwerdekommision waren es wieder verschiedene Brauereien, die genannter Kommission besonders viel Arbeit machen, ohne zu bedenken, daß auch die übrige Arbeiterschaft darauf aufmerksam wird. Sodann verlas der Vorsitzende einen Brief vom Syndikus der vereinigten Düsseldorf-Brauereien, welche dazu übergehen, „s puren Geldsacksinteressen — scheinbar ausnahmsweise — Hilfsarbeiter möglichst lange an Stelle der gelernten Leute zu stellen, natürlich zum Nachteil der letzteren. Sämtliche Anwesenden gaben, empört ob solcher Tarifumgehungen, ihre Zustimmung zu folgender Resolution: „Die heute, am 4. Februar, im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Brauereiarbeiter kann sich mit dem Vorschlag der vereinigten Düsseldorf-Brauereien nicht einverstanden erklären, da eine Zeit von acht Wochen nicht als vorübergehend bezw. ausnahmsweise betrachtet werden kann. Die Versammelten erkliden darin einen Schatz der Unternehmung, sich auf diese Weise billige Arbeitskräfte heranzuziehen zu können, und zwar zum Nachteil der gelernten Brauereiarbeiter. Die Versammelten sind der Meinung, daß als Ausnahmszeit höchstens 14 Tage in Betracht kommen können, sobald diese Zeit überschritten, ist der volle Brauerlohn zu zahlen, wenn der betreffende Hilfsarbeiter ist. Sind es jedoch Brauer, ist sofort der Brauerlohn zu zahlen. Falls die Herren Brauereibesitzer auf diesen Vorschlag nicht eingehen, verzichten wir auf eine Erleichterung des § 6 Absatz 1 und werden wir selbst über den Begriff „ausnahmsweise“ zu unterscheiden wissen.“

**Düsseldorf (Sektion II).** In unserer Versammlung vom 5. Februar hatten wir 4 Aufnahmen zu verzeichnen. Die Präsenzliste wies 58 anwesende Mitglieder auf. Nachdem die Wahl eines neuen Schriftführers erledigt, wies unter „Beschriebenes“ der Vorsitzende auf die bevorstehenden Gewerkschaftswahlen hin, und ermahnte jeden, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

**Einbeck.** Am 12. Februar fand hier eine Geschäftsbesprechung in Anwesenheit des Kollegen Hahnlein = Hannover statt. Es trafen sich 9 Kollegen in den Verband aufzunehmen. Am 19. Februar soll eine öffentliche Versammlung mit einem Vortrag des Hauptvorstehenden Bauer = Hannover stattfinden, in welcher die Gründung einer Zählstelle vorgenommen werden soll. Mit den vorläufigen Geschäfts wurde Kollege Schilling beauftragt. Die schon vorhandenen Mitglieder werden ersucht, recht rege für den Besuch der öffentlichen Versammlung zu agitieren. Rein Brauereiarbeiter soll in derselben fehlen.

**Elberfeld.** Die Versammlung vom 5. Februar war, teilweise wohl infolge der Beeridigung eines Bierfahrers in Wormen, schwach besucht. Der Vorsitzende berichtete über die endliche Erledigung der schwebenden Differenzen mit der Brauerei Gerns u. Sauerhaus betreffs der Nachzahlung des entgangenen dem Tarif abgezogenen Lohnes für das Zwangslosges eines Kollegen in der Brauerei. Es hat erst eines siebenmaligen Vorstellungsverweilen bedurft, um zu unserem Recht zu gelangen. Es ist uns immer versprochen worden, wenn wir es schwarz auf weiß bringen, daß wir im Rechte sind, wollten sie dem betreffenden Kollegen alles bezahlen. Der Beweis wurde nun erbracht, nach dem wir uns an den Hauptvorstand gewandt, aber die Herren wollten es noch nicht glauben, daß die Abmachungen in den Tarifverhandlungen 1903 getroffen wurden, und sollten wir uns nochmals an den Syndikus wenden. Auch der stellte sich auf den Standpunkt des Herrn Sauerhaus. Die Herren sahen aber wohl ein, daß wir uns unser Recht nicht nehmen lassen würden, und so bejahte denn die Firma dem betreffenden Kollegen den ihm schuldigen Rückstand von 2 Mark pro Woche und den tarifmäßigen Lohn, und legt es ihm nun auch frei, sich einzulogieren, wo er will. Dem Kollegen, der sein Recht behauptet hat und während der langen Zeit sich so ruhig und bewußt verhalten hat, sprach der Vorsitzende seine Anerkennung aus. — Die Kommission, welche in der letzten Versammlung eingesetzt wurde zur Ausarbeitung des Statuts zur Lokalkasse, legte dasselbe vor, wonach jedes Mitglied pro Woche 5 Pf. an die Lokalkasse zu entrichten hat. Das Statut wurde einstimmig angenommen. Die Vertrauensmänner wurden beauftragt, diese Beiträge mit den Verbandsbeträgen zusammen einzuziehen. Das Statut tritt am 1. März in Kraft. Beschlossen wurde, für einen bereits seit einem Jahre krankten Kollegen, Bierfahrer der Brauerei Wendahl, Sammelkästen in den Brauereien zu stellen zu lassen. Mit der Ermahnung des Vorsitzenden, die Versammlungen in Zukunft vollständig und auch vor allem pünktlich zu besuchen, erfolgte Schluß.

**Erfurt.** Unsere Versammlung am 4. Februar war gut besucht. Der Rechenbericht vom 4. Quartal wurde von 2. Feing gegeben. Bei einer Einnahme von 1111,70 Mk. wurden 803,34 Mk. an die Hauptkasse abgehandelt. Der Bestand der Lokalkasse war 317,37 Mk. Der Mitgliederbestand beträgt 230 Mann. Hierauf hielt Herr Schnell einen Vortrag über Gewerkschaftswesen. Redner beleuchtete in dreierlei Hinsicht die Ausbreitung die Entwicklung in England und Deutschland und bemies, wie die großkapitalistische Produktion den Mittelstand schon vollständig vernichtet habe, und die Zeichen sich zeigten, daß der Großkapitalismus auf eine vollständige Bekämpfung der Arbeiter hinarbeite, das zeige sich besonders wieder so recht im Ruhrgebiet. Redner kritisierte auch noch die letztwärtigen Zustände in England, und betont, daß eine Organisation auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiete eine dringende Notwendigkeit sei. Den Parteien der großen reichen Unternehmer müsse eine starke wirtschaftliche Organisation der Armen gegen-

übergestellt werden. Redner besprach die Einrichtungen und Verhältnisse der Kohlenbergwerksgesellschaft und forderte zur Unterstützung dieses gemeinnützigen Unternehmens auf, was von sämtlichen Diskussionsrednern und von der Versammlung akzeptiert wurde. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit der Arbeiterfreundlichkeit des Kommerzienrats Fris Wolf, und unterzog dieselbe einer scharfen Kritik. Der Herr Kommerzienrat hält sein ehrenwertliches Versprechen, das er einer Kommission gegenüber gab, seine alten Leute wieder einzustellen, in dem Sinne, daß er ungelernete und billige Arbeitskräfte heranzieht, aber seine alten Leute, die 15 bis 18 Jahre in seinem Betriebe waren, und nach seiner eigenen Aussage zu seiner vollsten Zufriedenheit gearbeitet hätten, einfach auf dem Straßensapfplatz liegen läßt und der bitteren Not preisgibt, und nur deshalb, weil sie im vorigen Jahre den Vier befehlen, sich der Organisation anzuschließen. Das ist die vielgerühmte „Arbeiterfreundlichkeit“ des Herrn Wolf, eine von der Art, wie sie den Scharfmachern im Ruhrgebiet eigen ist. — Wir ersuchen die Zählstellenverwaltungen, dem Vorsitzenden der Zählstelle Erfurt die Orte und Betriebe mitzuteilen, wo Maß von der Malzfabrik Fris Wolf, Erfurt, verarbeitet wird.

**Frankenhausen.** In der Versammlung vom 5. Februar referierte Kollege Uhlert-Nordhausen über: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und die Bedeutung der Organisation“, wobei er auch die Ursachen, welche die Bergarbeiter in den Wäldern getrieben haben, schilderte. Im 2. Punkt wurden die Verhältnisse in der Brauerei Gille geschildert und beschloffen, bei Herrn Gille vorstellig zu werden, welches auch andern Tags, aber erfolglos geschah.

**Frankfurt a. Oder.** Die am 7. Februar stattgefundenen öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung war schwach besucht. Kollege Bockert schilderte in kurzen Umrissen die technische Umwälzung im Braugewerbe und die eng damit verbundene, bis ins Detail durchgeführte Zellarbeit, die dem Unternehmer die intensivste Ausbeutung der Rohmaterialien auf der einen und der Arbeitskräfte auf der anderen Seite ermöglichte; wie sich die Lage der Brauereiarbeiter trotz alljährlicher Steigerung der Unternehmensgewinne immer mehr verschlechterte, indem die Preise für die allernotwendigsten Bedarfsartikel von Jahr zu Jahr stiegen. Auf die durch die Brauereiarbeiterorganisation in den Nachbarstädten verbesserten Verhältnisse hinweisend und die Wohlfahrtsvereinigungen in den Brauereien, wovon unter so viel Befens gemacht wird, ins richtige Licht rückend, schloß Redner mit der Aufforderung, sich allseitig der Berufsorganisation, dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter, anzuschließen. In der Diskussion trat der von unbefugter Weise herbeigeholte Gauleiter des Transportarbeiter-Verbandes, Gert-Charlottenburg, auf den Plan, um nach der dieser Seite gewohnten Manier Quertreibereien zu machen. Er meinte, weil die Bierfahrer auf der Straße sich bewegen, seien sie keine Brauereiarbeiter, sondern Transportarbeiter. Diese Behauptung wird durch Wiederholung nicht verständlicher. Er unterließ auch wohlweislich, den Beweis zu erbringen, daß die Interessen der Bierfahrer irgendwie im Transportarbeiter-Verband besser gewahrt werden könnten, wohl aber hätte er anführen können, wie die Bierfahrer durch diese Spaltung und diese Quertreiberei schon geschädigt wurden. Wir meinen, wer die Verhältnisse in den Brauereien, wo eine Kategorie mit der anderen und auch die Interessen derselben eng mit einander verbunden sind, kennt, und die Vorgänge auf wirtschaftlichem Gebiete mit offenen Augen ansieht, sollte keine Spaltungspolitik treiben, sondern dahin wirken, daß sich die Leute zu weckentzweckend organisieren. Auch in Frankfurt, wo von mehreren 100 im Transportgewerbe beschäftigten Arbeitern kaum 20 organisiert, wäre es wünschenswert, die Tätigkeit auf diesem Gebiete zu entfalten, sein eigenes Feld zu bearbeiten, anstatt uns in unserer Agitation unter den Brauereiarbeitern zu hindern, zumal die Frankfurter Bierfahrer doch die durch den Brauereiarbeiter-Verband geschaffenen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Bierfahrer in den Nachbarstädten kennen. Geringfügig muß auch die Art der „gewerkschaftlichen“ Tätigkeit werden. Die Versammlung der Brauereiarbeiter wird von unserer Seite arrangiert, die Rollen von unseren Mitteln bestritten, und da kommt ein Gauleiter des Transportarbeiter-Verbandes, vielleicht in der Hoffnung, einige Dumme zu fangen, am Wirrwarr in der Versammlung anzufrüchten, einen Erfolg unserversucht zu erzielen. Das muß niedriger gefähigt werden. Wenn durch dieses Treiben auch dieses Mal ein Erfolg ausbliehe, so zweifeln wir doch nicht an dem gesunden Verstand aller Frankfurter Brauereiarbeiter, daß sie die richtigen Konsequenzen ziehen und dem Beispiel ihrer Kollegen in anderen Städten folgen und sich dem Brauereiarbeiter-Verband anschließen werden, dann werden auch in Frankfurt bessere Verhältnisse geschaffen werden können.

**Freiburg i. Schl.** Die letztwärtigen Brauereiarbeiterverhältnisse in Schtlesien sollten doch jeden noch dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter fernstehenden Brauereiarbeiter in Hinblick auf diejenigen Orte, wo es durch einigszuorgelassen aller Brauereiarbeiter gelungen, bessere, den menschlichen Bedürfnissen entsprechende Verhältnisse zu schaffen, überzeugen, daß auch sie dem Verbandsangehörigen müssen. Anderer Meinung scheint das frühere Verbandsmitglied Schröder der Brauerei Wark u. Komp. zu sein. Nicht genug, daß dieser Kollege, der vorgibt, schon schlau genug auch ohne den Verband zu sein, seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen, versucht derselbe mit allen Regeln der Kunst gegen den Verband zu agitieren und für andere Vereine, die noch nichts für die Verbesserung der Lage der Arbeiter getan, auch gar nicht Lust verspüren, etwas tun zu wollen, Propaganda zu machen. Dieser Kollege, auch wenn er sich noch so sehr an die Rockschöße der Vorgesetzten klammert und auf dem hohen Pferde zu sitzen vermeint, wird den Verband nicht aufhalten und seinem wohlverdienten Schicksal nicht entgehen. Die Kollegen müssen derartige Leute behandeln, wie sie es verdienen, und unbefürmert den zum Ziele führenden Weg gehen, die Organisation stärken, um bessere Verhältnisse schaffen zu können.

**Friedberg.** Am 5. Februar fand hier im Gewerkschaftshaus eine Brauereiarbeiter-Versammlung statt. In der Kollege Barth aus Frankfurt den Kollegen erläuterte, wie notwendig hier am Orte eine Organisation sei. Die Kollegen müssen unter den denkbar schlechtesten Verhältnissen noch schaffen. Es ist unter den Brauereiarbeitern noch eine 11stündige Arbeitszeit. Bei den Fahrern ist überhaupt keine Arbeitszeit festgelegt, sie arbeiten von morgens bis spät in die Nacht für 22 Mk. Landstoungel wird ebenfalls nicht bezahlt. Sonntags wird 2 Stunden gearbeitet, was absolut nicht nötig wäre. Mit der Brauerei Windeler ging man scharf ins Gericht, weil sie dem Bierfieber, der schon jahrelang da ist, die 50 Pf. Geld abzog. Da die Beiträge mehrere Monate nicht abgeliefert wurden, so wurde der Kollege Schlicher gewählt, um dieselben jede Woche in der Wohnung zu erheben. Für den schwer erkrankten Kollegen Wegner wurde eine Sammlung veranstaltet. Aufgenommen wurden 3 Kollegen. Zum Schluß forderte Kollege Barth alle Anwesenden auf, die noch fernstehenden Kollegen dem Verbands beizutreten, denn dann erst könnten die Verhältnisse bessere werden.

**Greifswald.** Am 3. Februar referierte Kollege Bockert-Posen in einer gut besuchten Brauereiarbeiter-Versammlung in Boides Restaurant, Rangerei, über die Greifswalder Brauereiarbeiter-Verhältnisse. Er ging des näheren auf die lange, ungetragene, oft von morgens 4 Uhr bis abends 7 Uhr und noch länger dauernde Arbeitszeit ein, veranschau-



lichte die Gefährlichkeit der Brauereiarbeit und die schädlichen Einflüsse, denen die Brauereiarbeiter ausgesetzt sind, wie sie bei einem Bohn von w d e n 11 1, 50 bis 13 Mark mit der Familie unter den teuren Lebensmitteln und Mietpreisen sich hinrichten müssen, ferner mißunter noch rohe Behandlung ertragen müssen. Er zeigte des weiteren den Weg, den die Kollegen zu gehen haben, wolle sie bessere Verhältnisse, wozu doch auch die Greifswalder Brauereiarbeiter be-rechtigt seien, erringen. Obwohl die Kollegen eine Beförderung als notwendig erachten, glaubten sie doch am besten zu tun, dem Verbande noch fern zu bleiben, was in der Diskussion zum Ausdruck gelangte. Vollends den Geist der Weisen er-deckt zu haben, glaubten einige Anwesende vom Bau- arbeiterverband, die sich nicht etwa einen recht unger- mäßigen Scherz erlaubten, sondern in allem Ernst die Brauerei- arbeiter für ihre Organisation reklamieren. Vom Referenten auf das Trübsal dieser Existenzpolitik aufmerksam ge- macht und die Leistungen des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter für die Brauereiarbeiter nach jeder Richtung hin erwähnend, kamen jene Quersätze zu der Zumutung, daß man bei Bohnbewegungen, wo es sich um Beurteilung der Verhältnisse handle, ja Leute vom Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter zuziehen könne. Obwohl die anwesenden Brauereiarbeiter, ohne Mitglieder zu werden, das Lokal ver- ließen, gehen wir uns trotzdem der Hoffnung hin, daß die Versammlung doch ihren Zweck erreicht und über kurz oder lang die Kollegen sich dem Zentralverband deutscher Brauerei- arbeiter anschließen werden, um mit uns gemeinschaftlich für bessere Verhältnisse zu streben, was in Greifswald so drin- gend nottut.

**Grimma.** Die Brauereiarbeiter von Grimma-Hohnstädt hielten am 12. Februar eine öffentliche Versammlung ab, in welcher F. Meusch-Beipzig einen sehr heftig aufgenommenen Vortrag über „Die deutschen Gewerkschaften und ihre Gegner“ hielt. In einem kräftigen Schlusswort forderte der Referent zum treuen Festhalten an der Organisation auf, welche jedes einzelne Mitglied durch unermüdete Agitation fördern und stärken müsse. Die Frage: Werden die mit der Stadtbrauerei Grimma und der Dampfbrauerei Hohnstädt abgeschlossenen Lohnverträge eingehalten? bildete den 2. Punkt der Tagesordnung. Bei Beantwortung dieser Frage wurde bemängelt, daß in der Brauerei Hohnstädt ein Brauer mit nur 17 Mk. pro Woche entlohnt werde, obwohl der Tarif einen Mindestlohn von 25 Mk. wöchentlich für Brauer festgelegt habe. Die Kommission wurde mit der Erledigung der kritischen Angelegenheit beauftragt. Ob in einem weiteren zur Sprache gebrachten Fall ein Verstoß gegen den Tarif lag, konnte augenblicklich nicht festgestellt werden, hierüber soll eine spätere Aussprache stattfinden. Nach einer Aufforderung des Kol. Besünder an die Versammelten, den Bergarbeitern im Ruhrgebiet, deren Kleinstlohn keineswegs als beendete angesehen werden könne, auch fernerhin ihre finanzielle Unterstützung in weitgehendster Weise angeheißt zu lassen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Quelle.** Die am 5. Februar stattgefundene Versammlung war erfreulicherweise gut besucht. Der Vorsitzende berichtete, daß mit Hilfe des Reichsgerichtes des Verbandes der in Delitzsch entlassene Kollege wieder eingestellt sei. Bekannt gegeben wurde, daß für die Hamburger 627 Mark abgefordert worden sind. Der Antrag des Kollegen Seeger, daß die Beiträge wöchentlich 50 Pf. betragen sollen, um bei eventuellen Streiks die Unterstützungsgelder der Lokalkasse entnehmen zu können, wurde abgelehnt. Die Kosten der Gratulationsannoncen soll nicht mehr die Lokalkasse, sondern die Interessenten tragen. Kollege Max erbatte den Kartellbericht und teilte ferner mit, daß am 25. März unser diesjähriges Stiftungsfest in „Wellen“ stattfinden. Die Sammlung durch Bohn wurde einer Debatte unterzogen; erkrankt ist, daß die Bundesmitglieder sich, mit Ausnahmen, daran beteiligen. Im Sommer 1904 werden die Sammlungen im Sommerhalbjahr am Sonnabend jeden Monats nach dem 1. stattfinden zu lassen. Für die Bergarbeiter wurden 50 Mark aus der Lokalkasse abgefordert. Ebenso wurden die Einnahmen für die Flugblätter der Propaganda dazu bestimmt. Die Sammlung für einen arbeitslosen Kollegen ergab 6 Mark.

**Hamburg, Sekt. II und III.** Generalversammlung vom 29. Januar. Die Jahresabrechnung schloß in Einnahme und Ausgabe mit 8697,10 Mk. Nachdem Staats den Vorstandes- bericht erstattet, folgte die Wahl der Verwaltung zc. für Sekt. II und III. Den Bericht von der letzten Kuratoriumssitzung erstattete Wierth, monach Staats geht wieder das Recht eingeräumt sei, jederzeit sich im Arbeitnachweisbureau über die Einstellungen zur orientieren; ferner werde in der nächsten Kuratoriumssitzung über die Frage: „Wie lange gilt eine Aus- schließlichkeit?“ ent- scheidet. Staats berichtet über die Beschloß- Brauerei. Auf derselben sind seit Ende September fünf Mann von dem Unternehmer Schlichter beschäftigt, und erhalten auch von diesem ihren Lohn. Nun seien ja auch früher zum Gerste- abladen und dergleichen Leute von Schlichter entnommen worden, aber jetzt müssen diese fünf Mann auf der Schwank- halle, in der Mälzerei, also im inneren Betrieb arbeiten. Nach- dem Staats und Wierth beim Direktor Bismann vorstellig geworden, habe derselbe auch erwidert, wenn das Ge- nehmen vorüber sei, die Leute zu entlassen; trotzdem seien sie noch heute im inneren Betrieb beschäftigt, so daß die Sache jetzt dem Kuratorium übergeben werden müsse. Dann wurde beschlossen, Kollegen, welche ohne Ursache eine vom Arbeits- nachweis nachgewiesene Arbeit nicht antreten, die Unterstützung zu entziehen, und ferner die, welche ihren Pflichten im Ver- bände nicht nachkommen, von den Listen des Arbeitnachweises zu streichen. Auch wurde beschlossen, Wiederaufnahmen in den Verband nur durch die Mitgliederversammlung stattfinden zu lassen. Nachdem noch Staats bekannt gemacht, um den ein- zelnen Kollegen das Beitragszahlen zu erleichtern, seien folgende Zahlentafeln: 1. bei E. Durban, Zeilfeld 21, 2. E. Grone, Wandsbeter Chaussee 249, 3. G. Dose, Klein-Flotbeck, Post- straße, 4. Fr. Ulrich, Vulkanuferdamm 8, errichtet worden, fand Schluß der von 17 Brauereiarbeitern besuchten Versammlung statt.

**Hamburg.** Die Versammlung vom 1. Februar war von ca. 30 Kollegen besucht. Gauleiter Ebel referierte über: „Produktion und Nutzen der Organisation“. Redner verbreitete sich über die Entwicklung des Brauereiwesens, die technische Umwälzung des Arbeitsprozesses durch Verwendung der ver- schiedenartigsten Maschinen, und als Folge die Verschlechterung der Lohnverhältnisse durch Ersetzung der teureren durch billige Arbeitskräfte. Hier habe die Organisation der Brauereiarbeiter eingegriffen, um die Verschlechterungen aufzuhalten und ge- regelte Verhältnisse zu schaffen und zwar mit großem Erfolg. Die Tatsachen bewiesen, was der Brauereiarbeiterverband seit 1891 vorteilhaftes für die Brauereiarbeiter geleistet hat. Neben der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im all- gemeinen wurde auch viel in der Bezahlung der Ueberstunden, der Beschränkung oder gänzlichen Abschaffung der Sonntags- arbeit, oder Bezahlung derselben erzielt. Hieraus ergebe sich, daß die Brauereiarbeiter in diesem Sinne weiter arbeiten müssen, sämtliche Brauereiarbeiter dem Brauereiarbeiterverband zuzuführen, eine einheitliche Organisation zu schaffen, um stets einig und geschlossen dazustehen, wenn es gilt, bessere Verhält- nisse zu schaffen. Referent forderte die Anwesenden auf, sich recht regen an der Agitation für den Verband zu beteiligen. Drei Mann ließen sich aufnehmen.

**Schwedt.** In einer gut besuchten öffentlichen Brauerei- arbeiter-Versammlung am 5. Februar referierte Gauleiter Ebel aus Hamburg über: „Wert und Nutzen der Organisation“. In seinem Vortrage legte er den Anwesenden die Verhältnisse dar, wie sie früher waren, wie sie dort sind, wo der Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter noch nicht festen Fuß

gefaßt hat, und wie sie dort sind, wo Zahlstellen des Zentral- verbandes deutscher Brauereiarbeiter gegründet und Tarife ab- geschlossen sind. Auch hier in Schwedt und Graslitz wären die Verhältnisse nicht die rosigsten und sei noch vieles zu ver- bessern, was aber nur dann geschehen könnte, wenn sich Mann für Mann organisierten. Vier Kollegen ließen sich aufnehmen. Ein Antrag, in Schwedt eine Zahlstelle zu gründen, wurde mit der Ermüdung, alle Monate eine Versammlung, die zwei- ersten in Schwedt, die dritte in Graslitz abzuhalten, ein- stimmig angenommen. Hierauf erklärte der Kartellvorsitzende den Wert des Anschlusses der Zahlstelle ans Gewerkschafts- kartell und wurde ein diesbezüglicher Antrag einstimmig angenommen. Die Zahlstelle zählt jetzt 21 Mitglieder. Unter anderem kam auch der Tarifschluß der Brauerei Allertal zur Sprache, bei dem sich die beteiligten Kollegen durch alleiniges Vorgehen haben kräftig über Ohr haufen lassen. Nach der Vorstandes- wahl ermächtete der Referent zur Solidarität und zum treuen Festhalten an dem Verband, und solle ein jeder Mitglieder werden und die Zahlstelle nach innen und außen ausbauen helfen.

**Karlruhe.** Der Versammlung vom 11. Februar lag die Beratung und Erledigung einer wichtigen und reichhaltigen Tagesordnung vor. Der Kassierer König gab die Zusammen- stellung der Jahresrechnung für 1904. Im weiteren wurde das Verhalten des Kellermeisters Fischer in der Brauerei S i n n e r kritisiert, welches nun durch ein Schreiben unsererseits an den dortigen Braumeister als geregelt betrachtet werden dürfte. Die Lohnzahlung in der Union-Brauerei scheint einen recht politischen Hintergrund zu haben. Statt daß man, wie den anderen, den Lohn erhöht, kürzt man ihn bei Verbandskollegen, und zwar indirekt, denn man zieht ihnen einfach das sonst übliche Maß Gratis-Bier (40 Liter) am Lohn ab. So erhält z. B. ein Kollege, welcher nach Jahre im Geschäft tätig ist, nach Abzug von sonstigem Gratis-Bier, Kranken- und Invalidengeld, sage und schreibe 98 Mk. und ein paar Pfennige. Diese An- gelegenheit zu untersuchen und event. zu regeln, wird der Vor- sitzende beauftragt, vorzulegen zu werden. Den wichtigsten Teil der Versammlung bildete wohl die Diskussion über den Aus- schluß eines hiesigen Kollegen und den geheimen Boykott, welcher in einer Sitzung des hiesigen Brauerei- rings über ihn verhängt wurde. Wir wollen uns vor- behalten, diese Angelegenheit zu geeigneter Zeit der Öffentlich- keit zu unterbreiten. Betreffs dieser Handlungswiese, welche besonders einen Bierbaron von Ansehen betrifft, sind schon Schritte eingeleitet, und sind unsere Beweise und Zeugen beweis- kräftig. Den Kartellbericht gab Berndt, und sind besonders zu erwähnen die verschiedenen Vorschläge zur Erreichung der Mittel, einen besoldeten Arbeiterretter anzustellen. Dem Antrag der Durlacher Kollegen, auch den kleinen dortigen Brauereiarbeitern unsern Tarif zu unterbreiten, wird dahin entprochen, diesem nachzu- kommen, sobald in Karlsruhe die Tarifangelegenheit geregelt ist. Zum Schluß brachte die Versammlung ihre Sympathie für die freireisenden Bergarbeiter zum Ausdruck, und ba bereits über 100 Mk. durch Sammellisten in den Brauereien aufgebracht worden sind, so beschloß die Versammlung, noch weitere 50 Mk. aus der Lokalkasse zu überweisen.

**Lörrach.** Zu der Notiz in Nr. 5 der „Brauere-Zeitung“ schickt uns die Brauerei Reiter folgende Berichtigung:

„Es ist nicht wahr, daß ein Arbeiter in unserem Betriebe von Vorgesetzten mit Schimpfnamen belegt oder mißhandelt worden ist. Es ist nicht wahr, daß der Lohn im Anfang 30 bis 34 Mk. beträgt; der gewöhnliche Tagelöhner erhält neben seinem Freibier 32 Mk. Anfangslohn, der Brauer aber 40 Mk. Es ist nicht wahr, daß Ueberstunden nur zur Hälfte ausbezahlt werden. Es ist nicht wahr, daß Sonntagsarbeit verlangt wird, die nicht vergütet würde. Nach der Arbeitsordnung hat der Arbeiter 3 Stunden am Sonntag zu arbeiten, er ist also durch seinen Lohn dafür bezahlt. Wenn im Sommer einmal ausnahmsweise etwas über 3 Stunden gearbeitet werden muß, so wird dies besonders vergütet. Es ist nicht wahr, daß der dritte Sonntag niemals nicht freigegeben worden wäre, es sind vielmehr von drei Sonntagen immer zwei ganz arbeitsfrei.“

Auf die anderen Punkte zu antworten, müssen wir dem Berichterstatter überlassen, nur auf eins wollen wir hinweisen: daß die Firma erklärt, daß Sonntagsarbeit, die nicht vergütet wird, nicht verlangt wird, aber nach der Arbeitsordnung je ein Drittel der Arbeiter 3 Stunden arbeiten muß, der Arbeiter also durch seinen Lohn dafür bezahlt ist. „Also“, weil die Sonntagsarbeit in der Arbeitsordnung vorgesehen ist, wird sie nicht „verlangt“, und die geleistete ist schon mit dem Lohne bezahlt. Diese Argumentation ist ja recht bequem, aber wenig stich- haltig. Wir möchten, daß eine solche Arbeitsordnung die Ueber- bezahlung der Sonntagsarbeit nicht ausschließt. Um aber alle Zweifel zu beseitigen, müssen sich schon die Angestellten der Brauerei Reiter alleamt dem Verband anschließen, um an Stelle dieser Arbeitsordnung einen Tarifvertrag zu setzen, der nicht nur eine Regelung der Bezahlung der Sonntagsarbeit vorsieht, sondern u. a. auch bessere Löhne festsetzt, denn daß die selbst von der Firma angegebenen recht ungenügen sind, wird sie uns wohl selbst bestätigen müssen.

**Magdeburg.** In der am 4. Februar stattgefundenen, leider nicht sehr gut besuchten Versammlung verlas zunächst der Vorsitzende den Kassierbericht. Danach sind im Jahre 1904 4420 Wochenbeiträge vereinnahmt worden im Betrage von 1601 Mk. Unter den Ausgaben sind 69 Mk. für Arbeitslosen-, 34,50 Mk. für Streikunterstützung, 61 Mk. für Reichslohn, 39,50 Mk. für Agitation. An die Hauptkasse wurden 1184,65 Mark abgeliefert. In einer längeren Debatte wurde die allzu- große Sparamkeit getadelt und angeregt, zukünftig doch etwas mehr zu Agitationszwecken zu verwenden, als wir bisher. Im Laufe des Jahres traten 109 Mitglieder ein, 19 Mitglieder schieden aus, die Mitgliederzahl beträgt 120. Unter Be- schluß wurde zuerst der freireisenden Bergarbeiter gedacht, und beschlossen, von den Hilfskassierern jeden Sonntag eine Sammelliste herum gehen zu lassen. Ferner wurde auch noch die Erziehung einer Lokalkasse angeregt und wurde hierüber lebhaft diskutiert. Ein Beschluß wurde jedoch hierüber noch nicht gefaßt, sondern bis zur nächsten Versammlung vertagt. Nach der Wahl eines Hilfskassierers wurde lebhaft Klage geführt von einigen Kollegen über das Verhalten der Bundes- gesellen gegenüber Verbandskollegen. Es wurde beschlossen, in nächster Zeit eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung einzuberufen, um sämtliche Mißstände der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

**Minden.** In der Stiffs-Brauerei wurde die Ar- beitszeit um 1/2 Stunde täglich verkürzt, nachdem eine Zahlstelle des Verbandes seit kurzem dort besteht. Der Organisation wird nichts in den Weg gelegt. Rehnlich erfreuliches kann von der Brauerei Feldschlösschen leider nicht gemeldet werden, denn dort existiert ein Oberbursche John, der mit allen Mitteln gegen die Organisation arbeitet und sich sogar gegen einen Kollegen die Drohung erlaubte: Wenn er noch einmal zu einem Arbeiter etwas von der Organisation sage und er erfahre es, dann würde er ihn hinaus. Der Kassierer des Herrn Direktors soll sein Verbindender sein, und weiß der schon Maßnahmen des Oberburschen als geschehen zu verurteilen, noch bevor diese zur Ausführung gelangt sind. Wir hoffen, daß die Betriebsleitung, zumal der Herr Direktor als humaner Herr bekannt ist, dem Oberburschen zu Gemüte führen wird, daß er sich mit dieser Angelegenheiten gar nicht zu kümmern und der Organisation nicht hinderlich zu sein hat, zumal das Feldschlösschen-Bier nicht zu wenig von organisierten Arbeitern getrunken wird, und daß er vor allen Dingen keinen hinauszuwerfen hat, am aller- wenigsten wegen der Organisation.

**Oldenburg.** In der öffentlichen Brauereiarbeiter-Versam- lung vom 8. Febr. referierte Hauptvorsitzender Bauer und erklärte den Anwesenden in seinem ca. zweistündigen Referat, wie notwendig es ist für Oldenburg, daß sich alle Brauereiarbeiter der Organisation anschließen, um geregelte Verhältnisse zu schaffen. Weiter berichtete der Referent auch, wieviel der Ver- band in den letzten Jahren an Unterstützung für die Mitglieder geleistet hat. 5 Kollegen ließen sich aufnehmen und 1 um- schreiben. Bezüglich des entlassenen Kollegen R. von Haslinde wurde beschlossen, daß die Zahlstelle nicht für ihn ein- treten könne, da er seinem Posten nicht nachgekommen ist. — Die Versammlung vom 12. Februar war leider schwach besucht. Der vom Vorsitzenden vorgelegte Kartellbericht wurde ein- stimmig angenommen. Beschlossen wurde, die Versammlung jeden zweiten Freitag im Monat 8 Uhr abzuhalten.

**Ostfriesland.** Die letzte Versammlung vom 5. Februar war so ziemlich besucht und konnte die Wahl des Vorstandes erledigen. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde für richtig befunden. Zur Sprache kam noch die Behandlung des Personals der Brauerei Rühl seitens des Braumeisters Holz- häuser. Öffentlich sehen die Kollegen nun bald ein, daß es notwendig ist, sich dem Verband anzuschließen.

**Pirmasens.** Am 5. Februar fand unsere Generalver- samlung statt. Zunächst gab der Vorsitzende Krugberger einen kurzen Rückblick auf das verfloffene Jahr. Abgehalten wurden 15 Mitglieder-Versammlungen, 3 Geschäfts-Versammlungen und eine Kommissionsitzung. Bekanntlich standen wir im abge- laufenen Jahre in einer Lohnbewegung, welche zu unseren Gunsten ausfiel. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 21. Hierauf erstattete Kollege Matthes den Kassierbericht. Die Einnahmen betragen 347,40 Mk., auf örtliche Ausgaben entfallen 60,02 Mk. An die Hauptkasse wurden abgeliefert 287,38 Mk. In den Vor- stand wurden, mit Ausnahme des Schriftführers, die alten Kollegen wiedergewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde nach längerer Debatte der Antrag, eine Lokalkasse zu gründen, an- genommen. Zum Schluß ermächtete der Vorsitzende, alle persön- lichen Reibereien beiseite zu lassen und forderte die Anwesenden auf, die wenigen uns fernstehenden Kollegen unsern Reiben zu- zuführen.

**Regensburg.** In der gut besuchten Versammlung vom 4. Februar sprach Gauleiter Schramm über die Entwick- lung der deutschen Gewerkschaften. Die Arbeiterkraft hatte zu Anfang der Bewegung einen viel härteren Stand- punkt, als in der heutigen Zeit. Von Unternehmern und Regierungsgewalt wurden organisierte Arbeiter gemahregelt und unterdrückt. Und doch sind die Gewerkschaftsorganisationen riefig gemacht und haben zurzeit über eine Million Mit- glieder. Auch die Organisation der Brauereiarbeiter, die in den 80er Jahren gegründet wurde, und so lange sie die Harmonie pflegte, unbehelligt blieb, hatte dieselben Verfolgungen zu erweisen, als sie sich 1891 auf den Standpunkt stellte, daß durch die Organisation bessere Verhältnisse geschaffen werden müssen. Maßregelungen auf Maßregelungen folgten, eine Gegen- oder richtiger gesagt Vertreterorganisation wurde ge- gründet, um die Brauereiarbeiter und ihre Bestrebungen nieder- zuhalten, und die sich überall da bemerkbar machte und ihr lichthäufiges Wesen trieb, wo die Organisation der Brauerei- arbeiter im Kampfe um bessere Verhältnisse stand, und sich überall da einnistete, wo die Organisation bessere Ver- hältnisse geschaffen hatte. Trotz aller Maßregelungen, schmerzlichen Listen und der Verdrieteien seitens der Gegenorganisation ist der Brauereiarbeiter-Verband von ca. 500 Mitgliedern im Jahre 1891 auf ca. 2000 bis jetzt gestiegen und hat in der Zeit großes für die Verbesserung der Verhältnisse der Brauereiarbeiter geschaffen. Deshalb dürfen wir in Regensburg nicht nachlassen, immer vorwärts zu streben, die Zahlstelle nach Kräften auszubauen, dann wird es auch hier möglich sein, bessere Arbeitsbedingungen für die gesamten Brauereiarbeiter zu schaffen, denn ohne Kampf kein Sieg, und der nicht fäet, kann auch nicht ernten. — Nachdem mit Beifall aufgenommenen Vortrag gab Kollege Wagner den Kassierbericht vom 4. Quartal. Aufnahmen waren 27. Die Gesamteinnahme betrug 258,66 Mk. Für Krankenunterstützung wurden 45 Mk., Arbeitslosenunterstützung 22 Mk. ausgegeben. In die Haupt- kasse wurden 128,20 Mk. eingezahlt. Kollege Strahl bemerkte, daß es doch endlich einmal an der Zeit wäre, daß sich die Regensburger Brauereiarbeiter mehr als bisher um die Sache der Organisation scharen, je früher dieses geschieht, desto eher können bessere Verhältnisse geschaffen werden. Es wurde be- schlossen, eine Kommission zu wählen, die die Aufgabe hat, Geschäfts-Versammlungen abzuhalten und einen Tarifentwurf ausgearbeitet. Weiter wurde beschlossen, für die streikenden Bergarbeiter Sammellisten herauszugeben. Verschiedene Miß- stände unter den Kollegen wurden noch vorgebracht und darauf hingewiesen, daß man den Verband besser respektieren und nicht als Tandensschlag betrachten möge.

**Sangerhausen.** Die Versammlung vom 5. Februar nahm in Anwesenheit des Gauleiters den Stillsitzenden Stellung zur Ausarbeitung eines Lohnvertrages, worüber sich eine lebhaft Debatte entspann. Ein Kollege wurde aufgenommen. Punkt 3 wurde der Kartellbericht vorgelesen und darauf hingewiesen, die Arbeiterpresse mehr in Anspruch zu nehmen. Auch wurde ein Antrag gestellt, eine Lokalkasse zu gründen.

**Schweidnitz i. Schl.** Am 11. Februar fand unsere erste Versammlung statt. Kollege Wacker-Pöfen behandelte die in Schweidnitz bestehenden Verhältnisse der Brauereiarbeiter ein- gehend. Er zeigte, wie es auch den Schweidnitzer Kollegen bei einigem guten Willen möglich wäre, die Verhältnisse denselben anderer Städte, wo die Organisation der Brauereiarbeiter schon längst Eingang gefunden, näher zu bringen. Er forderte am Schluß die Anwesenden auf, sich dem Verbande anzuschließen und dafür sorgen zu wollen, daß auch der letzte in Schweidnitz in der Brauerei Beschäftigte, unbekümmert, welche Arbeit er verrichtet, dem Verband der Brauereiarbeiter angeführt werde. Sämtliche Anwesenden ließen sich aufnehmen. Es wäre somit der erste Schritt ersten Wollens um Verrückung der hiesigen Brauereiarbeiterverhältnisse getan, mögen die zurzeit noch abseits vom Verbande stehenden dem Beispiel der Beigetretenen recht bald folgen und treue Mitglieder werden. Die Löhne für Selernie betragen bei einer 11stündigen Arbeitszeit 16 bis 18 Mk. wöchentlich oder 70 bis 80 Mk. monatlich, die Löhne der Ungelernten wöchentlich 12 bis 14 Mk. Die Kutscher, denen man zu dem ungenügenden Beruf noch ein Teil Verantwortung mit auf den Weg gibt, werden mit 30 Mk. monatlich entlohnt. Ganz von dem Belieben der Abnehmer hängt es ab, wieviel sich der Bier- fahrer noch Lohngehälter verdienen kann. Bei Tageslohn, die mitunter recht ausgebeutet sind, wird 1 Mk. Auslösung gezahlt; zum Verhungern zu viel, aber gegenüber den Be- dürfnissen, die auf den Touren an die Bierfahrere herantreten, vollständig ungenügend. Sämtlichen die Bierreisenden ganz andere Summen verbrachten, die aber weder den Winterungs- einflüssen ausgesetzt, noch so eine ausgebeutete Arbeitszeit haben. Alle Sonntage wird jeder in dem inneren Betriebe Tätige zu ungeselliger Arbeit herangezogen. Kollegen von Schweidnitz, schämt nicht mehr, auch dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter anzuschließen, damit eure Löhne den unbedingten Bedürfnissen entsprechend gestaltet werden können, damit endlich eine wirkliche Sonntagsruhe, eine kürzere Arbeits- zeit und eine bessere Behandlung Platz greift. Keiner feil des andern Konkurrenz. Alle in den Brauereien Beschäftigten müssen Mitglieder des Zentralverbandes deutscher Brauerei- arbeiter werden, dann wirds besser.

**Schwenningen.** Am 15. Januar fand unsere General- versammlung statt, welche von Schwenningen gut, von aus- wärts jedoch kaum besucht war. Es ließ sich ein Kollege auf-



